

**International Conference
of Ombuds Institutions
For the Armed Forces**

15ICOAF



Internationale Konferenz der Ombudsinstitutionen für die Streitkräfte – 15ICOAF

**Umgang mit den Auswirkungen des Klimawandels
– Ombudsinstitutionen und die Streitkräfte**

18.-20. Juni 2023 | Wien, Österreich

Programmübersicht

Sonntag, 18. Juni

Ganztägig

Ankunft und Registrierung der Konferenzteilnehmer

18:00 – 19:00	Die Delegierten treffen sich zum Aperitif mit Häppchen in der Hotelbar Steigenberger Hotel Herrenhof
19:00 – 21:00	Begrüßungsdinner im Restaurant Steigenberger Hotel Herrenhof

Monday, June 19

08:00 – 08:45	Ankunft und Sicherheitskontrolle im Parlament
09:00 – 09:45	Eröffnung der Konferenz
09:45 – 10:15	Gruppenfoto
10:15 – 10:45	Kaffeepause
10:45 – 12:15	Session 1: Verknüpfung von Klimawandel und Sicherheit – Implikationen für die Streitkräfte
12:15 – 13:15	Mittagessen
13:15 – 14:45	Session 2: Akklimatisierung der Streitkräfte – Welche Rolle spielen Ombudsinstitutionen?
14:45 – 15:15	Kaffeepause
15:15 – 16:15	Session 3: Ökologisierung der Ombudsinstitutionen
16:15 – 17:30	Freizeit
17:30	Treffen der Delegierten zum Kulturprogramm in der Lobby Steigenberger Hotel Herrenhof
18:00 – 19:00	Ankunft und Empfang im Heeresgeschichtlichen Museum und Führung im Heeresgeschichtlichen Museum auf Anfrage
19:00 – 22:00	Abendessen in der Ruhmeshalle des Heeresgeschichtlichen Museums

Dienstag, 20. Juni

08:00 – 08:45	Ankunft und Sicherheitskontrolle am Konferenzort
09:00 – 11:00	Session 4: Streitkräfte und psychische Gesundheit
11:00 – 11:30	Kaffeepause
11:30 – 12:00	Special Session: DCAFs Unterstützung für Ombudsinstitutionen über ICOAF hinaus
12:00 – 13:15	Mittagessen
13:15 – 14:45	Session 5: Veränderungen in der Verteidigungspolitik und Konsequenzen für Ombudsinstitutionen
14:45 – 15:15	Kaffeepause
15:15 – 16:00	Annahme der Konferenzerklärung
16:00 – 16:15	Ankündigung der 16ICOAF in Berlin 2024
16:15 – 16:30	Schlussbemerkungen

- Ende des offiziellen Konferenzprogramms -

Optionales Programm

16:30 – 17:30	Führung im Parlamentsgebäude
19:00 – 22:00	Kulturelle Aktivität: Der Wiener Heurige

Vorwort

Über die Gastgeber

Das **Genfer Zentrum für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte (DCAF)** widmet sich der Verbesserung der Sicherheit von Staaten und ihrer Bevölkerung im Rahmen einer demokratischen Staatsführung, der Rechtsstaatlichkeit, der Achtung der Menschenrechte und der Gleichstellung der Geschlechter. Seit ihrer Gründung im Jahr 2000 trägt die Organisation dazu bei, Frieden und Weiterentwicklung nachhaltiger zu gestalten, indem sie Partnerstaaten und internationalen Akteuren, welche diese Staaten unterstützen, dabei Hilfestellung leistet, die Kontrolle ihres Sicherheitssektors durch inklusive und partizipative Reformen zu verbessern. DCAF schafft innovative Wissensprodukte, fördert Normen und bewährte Praktiken, bietet Rechts- und Politikberatung und unterstützt den Kapazitätsaufbau von Interessensvertretern des staatlichen und nichtstaatlichen Sicherheitssektors.

DCAF unterstützt Ombudsinstitutionen kraft seiner Befugnis, staatliche Institutionen in die Pflicht zu nehmen und die demokratische Staatsführung zu stärken. Zu diesem Zweck propagiert das DCAF-Ombudsprogramm die Schlüsselrolle der Ombudsinstitutionen gegenüber den Streitkräften und internationalen Akteuren, arbeitet bilateral direkt mit Ombudsinstitutionen zusammen und fördert und erleichtert darüber hinaus die Zusammenarbeit zwischen ihnen, um sie in ihrer Wirksamkeit und Funktion zu verbessern.

Die österreichische Parlamentarische Bundesheerkommission gehört in diesem Jahr zu den-Gastgebern der 15ICOAF. Als demokratische Kontrollinstanz mit dem Auftrag, die Rechte und Grundfreiheiten der Angehörigen der Streitkräfte zu schützen, nimmt die Kommission Beschwerden entgegen und prüft diese bzw. führt *amtswegige Überprüfungen* bei Verdacht auf Mängel oder Unregelmäßigkeiten im Bereich der Streitkräfte durch.

Kooperationspartner

Die 15. Internationale Konferenz der Ombudsinstitutionen für die Streitkräfte (15ICOAF) wurde ermöglicht durch die enge Zusammenarbeit und großzügige Unterstützung des deutschen Auswärtigen Amtes, welches das Ombudsprogramm des DCAF fördert.



Supported by the German Foreign Office

Einleitung

Als eine der größten Herausforderungen des 21. Jahrhunderts betrifft der Klimawandel alle Bereiche des gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, politischen und öffentlichen Lebens. Im Rahmen der Steuerung und Kontrolle des Sicherheitssektors werden klimabezogene Sicherheitsrisiken und ihre Auswirkungen zunehmend sichtbar und sind in den Fokus der politischen Aufmerksamkeit bzw. der akademischen Forschung gerückt. Folglich müssen Streitkräfte auf der ganzen Welt von einer neuen Realität ausgehen, die sich grundlegend auf ihr Mandat und ihre Arbeitsweise auswirkt. Heute wird von den Streitkräften erwartet, dass sie klimabezogene Sicherheitsrisiken in Angriff nehmen, ihre operative Präsenz bei klimabedingten Katastrophen und humanitären Krisen auf der ganzen Welt stärken und ihre Treibhausgasemissionen sowie ihren gesamten ökologischen Fußabdruck selbst reduzieren.

Der zunehmende Einsatz von Streitkräften zur Unterstützung ziviler Behörden bei Naturkatastrophen sowie im Zusammenhang mit klimabedingten Sicherheitsrisiken erfordert von den Ombudsinstitutionen eine Reflexion ihrer Rolle bei der Überwachung dieser Einsätze in Erfüllung ihres Mandats zum Schutz der Menschenrechte und der Stärkung von Grundsätzen verantwortungsvoller Staatsführung im Sicherheitssektor. Da außerdem die Streitkräfte ihre strategische und operative Planung angesichts zunehmender Herausforderungen im Zusammenhang mit dem Klima neu bewerten und anpassen – unter anderem durch die Reduzierung ihres eigenen CO₂-Fußabdrucks –, können Ombudsinstitutionen eine entscheidende Rolle dabei spielen, dass diese Änderungen nicht auf Kosten der Rechte des Militärpersonals, dessen Wohlergehens und im weiteren Sinne der demokratischen Staatsführung und der Rechtsstaatlichkeit herbeigeführt werden. Zu guter Letzt erfordern Bemühungen zur Bekämpfung des Klimawandels ganzheitliche Antworten, die über die Grenzen einer Institution, eines Sektors und sogar der Gesellschaft hinausgehen. Ebenso wie Ombudsinstitutionen Veränderungen innerhalb der Streitkräfte begleiten, können sie für sich selbst einen Beitrag leisten, indem sie ihren eigenen Einfluss auf Klima und Umwelt reflektieren und Reaktionsstrategien formulieren.

Die diesjährige Konferenz soll den Delegierten der Ombudsinstitutionen einen Raum bereitstellen, indem sie die Auswirkungen des Klimawandels auf die Streitkräfte untersuchen und skizzieren und schließlich konkretisieren können, wie sich diese Auswirkungen in Veränderungen innerhalb der Grenzen ihrer eigenen Tätigkeit auswirken, und wo sie Erfahrungen und Best Practices für die Zukunft austauschen. Frühere ICOAFs haben sich bereits mit Fragen des Klimawandels befasst, insbesondere im Zusammenhang mit Streitkräften, die zur Unterstützung ziviler Behörden eingesetzt werden. In Anbetracht der gewaltigen Herausforderung durch den Klimawandel und seiner überall zu spürenden Auswirkungen auf praktisch alle Bereiche des öffentlichen und privaten Lebens knüpft die diesjährige ICOAF an bereits geführte Diskussionen an, erweitert diese und geht näher auf sie ein, um ein gemeinsames Grundverständnis vom Klimawandel bei den ICOAF-Mitgliedern zu herzustellen.

Dennoch sind Diskussionen über den Klimawandel im Rahmen der ICOAF relativ neu, und es gibt möglicherweise nur wenige Ombudsstellen, die sich umfassend mit dem Thema befasst oder gar ihre Arbeitsweise entsprechend angepasst haben, um den klimabedingten Herausforderungen bei ihrer Tätigkeit zu begegnen. Daher wird, wie bei früheren Konferenzen, Raum für die Diskussion sich wiederholender und übergreifender Themen geschaffen, um auf vergangenen Gesprächen aufzubauen, sowie für aktuelle Themen, welche von erheblicher Bedeutung für die Arbeit der Ombudsinstitutionen insgesamt sind. Im Jahr 2023 umfasst die Agenda der ICOAF eine Session zur psychischen Gesundheit innerhalb der Streitkräfte – aufbauend auf den fruchtbaren Diskussionen während der 14ICOAF über das Recht auf Gesundheit des Personals in Streitkräften – sowie eine Session zum Krieg in der Ukraine und den damit einhergehenden geopolitischen Veränderungen aus der Perspektive von Ombudsinstitutionen.

Ziele und Methodik

Diese Konferenz soll auf den Erfahrungen früherer ICOAFs aufbauen und weiterhin ein dynamisches und partizipatorisches Umfeld begünstigen, welches der Entstehung neuer Ideen und Erkenntnisse förderlich ist.

Die Ziele der 15ICOAF sind Sensibilisierung, die Erleichterung und Förderung des Fachaustausches von Wissen und bewährten Verfahren zwischen Ombudsinstitutionen sowie die Beantwortung zukünftiger politischer Fragen zu Klimawandel, psychischer Gesundheit und einer sich verändernden geopolitischen Landschaft. Zu diesem Zweck sind die Teilnehmerinnen und Teilnehmer eingeladen, diese Themen in sorgfältig erarbeiteten Podiumssitzungen sowie in den verschiedenen Dialogräumen, die im Rahmen der Konferenz bereitgestellt werden, zu untersuchen und zu reflektieren. Ein Hintergrundpapier wird vor der Konferenz zur Verfügung gestellt und bildet aufgrund der Neuheit und Komplexität des übergeordneten Themas einen integralen Bestandteil des Konferenzpakets. Während der Konferenz besprochene bewährte Verfahren werden außerdem zusammengestellt und von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern in einer unverbindlichen Konferenzklärung zum Abschluss der Konferenz angenommen.

Am ersten Tag, der dem übergreifenden Thema des Klimawandels gewidmet ist, zielt Session 1 darauf ab, den Themenbereich abzugrenzen und nachfolgende Diskussionen anzuregen, indem ein gemeinsames Grundverständnis in Bezug auf den Zusammenhang von Klimawandel, Sicherheit und Streitkräften erarbeitet wird. Darin werden die Auswirkungen des Klimawandels auf die Streitkräfte in den folgenden Bereichen dargestellt: (1) Anpassung der Streitkräfte an den Einsatz in Regionen mit klimabedingten Problematiken; (2) das sich entwickelnde Mandat und der Umfang des Einsatzes von Streitkräften im Zusammenhang mit klimabedingten Katastrophen und humanitären Krisen; und (3)



Ökologisierungsbemühungen seitens der Verteidigungssektoren, welche die Minimierung ihres Emissionsfußabdrucks und ihrer negativen Auswirkungen auf die natürliche Umwelt anstreben. Session 2 zielt darauf ab, die Rolle der Ombudsinstitutionen zu besprechen, welche die klimabedingten Veränderungen innerhalb der Streitkräfte kontrollieren und unterstützen, und bietet Raum für den Austausch von Erfahrungen und bewährten Praktiken. Die dritte und letzte Podiumsdiskussion zum Thema Klimawandel legt den Fokus auf die Praktiken der einzelnen Ombudsinstitutionen und überprüft das Ausmaß sowie die Art und Weise, in der Ombudsinstitutionen selbst Veränderungen in ihrem Arbeitsumfeld initiiert haben, um Herausforderungen im Zusammenhang mit dem Klimawandel anzugehen. Am zweiten Tag gibt es in Session 4 Raum für die wiederkehrenden und aktuellen Themen zur psychischen Gesundheit in Streitkräften sowie in Session 5 für die allgemeinen Auswirkungen auf Ombudsinstitutionen nach aktuellen geopolitischen Verschiebungen vor dem Hintergrund des Ukrainekrieges.

Vor der Konferenz werden üblicherweise ein Registrierungsformular und ein begleitender Fragebogen zu Themen im Zusammenhang mit dem Konferenzprogramm an die Konferenzteilnehmer verteilt. Die daraus gewonnenen Daten und Erkenntnisse werden auf der Veranstaltung präsentiert. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer verfügen über umfangreiche Erfahrungen im Umgang mit und der Reaktion auf Beschwerden. Es wird von ihnen erwartet bzw. sie werden aufgefordert, sich über ihre Erfahrungen – sowohl positive Praktiken als auch Kapazitätsdefizite – auszutauschen, um daraus wertvolle Lehren zu ziehen und relevante Bedarfsbereiche zu identifizieren, die sich für ihre Kollegen als informativ erweisen könnten. Die Teilnahme an der Konferenz ist nur auf Einladung möglich. Eine Anmeldung ist obligatorisch. Die Eröffnung der Konferenz und Session 1 sind für die Öffentlichkeit und die Presse zugänglich. Der übrige Teil der 15ICOAF findet unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt und unterliegt den Chatham House Rules, sofern nicht anders angegeben.

Sonntag, 18. Juni 2023

Ankunft und Registrierung der Konferenzteilnehmer

15:00 – 18:00, Lobby des Steigenberger Hotels

*In der Lobby des Steigenberger Hotels wird ein spezieller Registrierungsschalter eingerichtet, an dem sich die ankommenden Konferenzteilnehmer persönlich registrieren und das Konferenzpaket abholen können. Wichtig ist, dass das Konferenzpaket einen **eindeutigen QR-Code** enthält, der benötigt wird, um die Räumlichkeiten des Konferenzortes, das Österreichische Parlamentsgebäude (Dr. Karl Renner-Ring 3, 1017 Wien, Österreich), zu betreten. Unser freundliches Personal wird Ihnen bei allen Fragen und Sonderwünschen zur Seite stehen. Wir bitten Sie, für die Anmeldung einen gültigen Ausweis mitzubringen.*

18:00 – 19:00, Steigenberger Hotel Bar

Die Delegierten sind eingeladen, sich zu einem Aperitif mit Häppchen in der Bar des Steigenberger Hotels zu treffen.

19:00 – 21:00, Steigenberger Hotel Restaurant

Die Delegierten sind zu einem Willkommensdinner im Restaurant des Steigenberger Hotels eingeladen, das vom Genfer Zentrum für die Gouvernanz des Sicherheitssektors - DCAF dank der großzügigen Unterstützung des Auswärtigen Amtes ausgerichtet wird.

Montag, 19. Juni 2023

08:00 – 08:45

Um einen pünktlichen Beginn der Konferenz zu gewährleisten und unnötige Warteschlangen oder Unannehmlichkeiten zu vermeiden, bitten wir Sie, sich zeitgerecht am Konferenzort, dem Österreichischen Parlamentsgebäude (Dr. Karl Renner-Ring 3, 1017 Wien, Österreich), einzufinden und auch Zeit für Ankunft, Registrierung und Sicherheitskontrolle einzuplanen. Durch Ihr frühes Eintreffen haben Sie die Möglichkeit, Kontakte zu knüpfen, sich mit anderen Konferenzteilnehmern auszutauschen, sich mit dem Konferenzort vertraut zu machen und sich mental auf das bereichernde Programm vorzubereiten.

Eröffnung der Konferenz

09:00 – 09:45

MODERATOR:

Abg.z.NR a.D. Dr. Reinhard E. **Bösch**, Vorsitzender der Parlamentarischen Bundesheerkommission

SPEAKERS:

Mag. Wolfgang **Sobotka**, Präsident des Nationalrates, Österreich

Abg.z.NR Robert **Laimer**, amtsführender Vorsitzender der Parlamentarischen Bundesheerkommission

Mag. Klaudia **Tanner**, Bundesministerin für Landesverteidigung, Österreich

Botschafterin Nathalie **Chuard**, Direktorin DCAF – Geneva Centre for Security Sector Governance

MUSIKALISCHE EINLAGE:

Ensemble der Gardemusik, Österreichisches Bundesheer

GRUPPENFOTO

09:45 – 10:15

KAFFEPAUSE

10:15 – 10:45



SESSION 1: Verknüpfung von Klimawandel und Sicherheit – Implikationen für die Streitkräfte

10:45 – 12:15

MODERATORIN:

Botschafterin Nathalie **Chuard**, Direktorin DCAF – Geneva Centre for Security Sector Governance

VORTRAGENDE:

Prof. Mag. Dr. Karl. W. **Steininger**, Professor für Climate Economics and Sustainable Transition (Klimaökonomie und nachhaltiger Übergang), Wegener Center für Klima und Globalen Wandel, Universität Graz, Österreich

Mag. Janani **Vivekananda**, Programmleiterin Climate Diplomacy and Security, Adelphi

Generalmajor Mag. Bruno G. **Hofbauer**, Leiter der Direktion Fähigkeiten- und Grundsatzplanung, Bundesministerium für Landesverteidigung, Österreich

Zielsetzung:

Diese Session zielt darauf ab, die Auswirkungen des Klimawandels auf die Sicherheit und insbesondere auf die Streitkräfte zu untersuchen und darzustellen. Es sollen ein gemeinsames Grundverständnis geschaffen und darauf aufbauend der Themenbereich abgegrenzt und nachfolgende Diskussionen angeregt werden. Auf die Rolle der Ombudsinstitutionen wird dabei nicht eingegangen; diese soll in den Sessions 2 und 3 vertieft behandelt werden.

Der Klimawandel, der alle Bereiche des sozialen, wirtschaftlichen, politischen und öffentlichen Lebens betrifft, wird zunehmend als Sicherheitsproblem betrachtet und anerkannt. Themen des Klimawandels werden häufig mit ausdrücklichem Bezug zu ihren Auswirkungen auf die Sicherheit behandelt, sei es im Rahmen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen, in nationalen Dokumenten zur Sicherheitsstrategie von mehr als der Hälfte aller Staaten der Welt oder in einem breiten Spektrum von Politik und Forschungspublikationen, die auf die Schnittstelle zwischen Klimawandel und Sicherheit hinweisen. In den letzten Jahren sind diese Schnittpunkte sowie die entsprechende Bedrohung in Form von rekordbrechenden Extremwetterereignissen und Berichten über erste klimabedingte Konflikte immer deutlicher geworden.

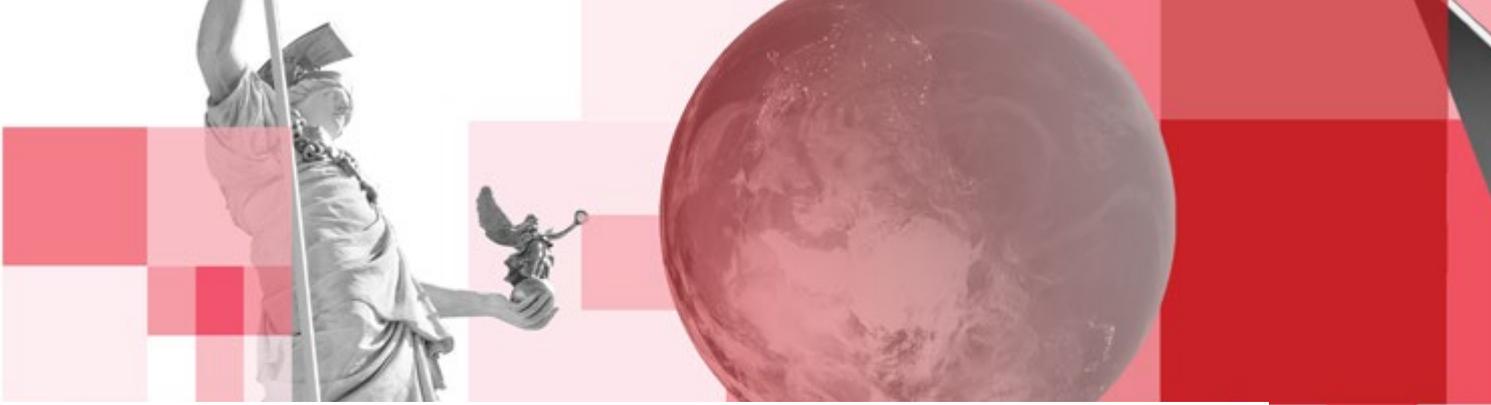


Angesichts dieser Entwicklungen müssen Streitkräfte auf der ganzen Welt mit einer neuen Realität rechnen, die ihr Mandat und ihre Vorgehensweise grundlegend beeinflusst. Heute wird von ihnen erwartet, dass sie ihre Unterstützung ziviler Behörden bei klimabedingten Katastrophen und humanitären Krisen auf der ganzen Welt verstärken, dass sie ihre operativen Fähigkeiten anpassen, um unter widrigen Bedingungen tätig zu sein, und dass sie selbst ihre Treibhausgasemissionen bzw. ihren ökologischen Fußabdruck reduzieren.

Die Beziehung zwischen Klimawandel, (Un-)Sicherheit und den Streitkräften ist komplex und kontextspezifisch. Es ist daher wichtig, bei allzu vereinfachten Zusammenhängen und Dynamiken sowie allzu militärischen Herangehensweisen in Fragen des Klimawandels Vorsicht walten zu lassen.

Leitfragen:

- **Integration von klimarelevanten Überlegungen:** Werden klimawandelbezogene Sicherheitsrisiken und -überlegungen in nationale Sicherheits- und Verteidigungsstrategien, -planungen und/oder -politiken integriert? Inwieweit wurde eine solche „Klimawandel-Brille“ auf Ad-hoc-Basis nur fallweise aufgesetzt oder institutionalisiert und in Regierungsbehörden und Verteidigungspolitikern etabliert?
- **Erweiterung des Mandats der Streitkräfte:** Inwieweit sollen die Streitkräfte zur Bewältigung von klimawandelbedingten Katastrophen und humanitären Krisen Aufgaben übernehmen? Welche Grenzen sollten solche Einsätze haben, bzw. gefährden sie die effektive Erfüllung anderer Aufgaben, die den Streitkräften obliegen, z. B. die Verteidigung des Staates gegen Bedrohungen von außen? Sind diese Risiken politischer (z. B. fehlendes Mandat) oder technischer Natur (z. B. fehlende Fähigkeiten)? Welche Auswirkungen haben der erweiterte Umfang und das Einsatzspektrum auf das öffentliche Ansehen der Streitkräfte?
- **Militäreinsätze im Kontext des Klimawandels:** Wurden die Streitkräfte Ihrer Länder (im In- oder Ausland) eingesetzt, um zivile Behörden bei ihrem Kampf gegen klimabedingte Naturkatastrophen oder humanitäre Krisen zu unterstützen? Haben diese Bereitstellungen im Laufe der Zeit zugenommen oder sich in ihrer Art verändert?



MITTAGESSEN

12:15 – 13:15

SESSION 2: Akklimatisierung der Streitkräfte – Welche Rolle spielen Ombudsinstitutionen?

13:15 – 14:45

MODERATOR:

Abg.z.NR Mag. Friedrich **Ofenauer**, Vorsitzender der Parlamentarischen
Bundesheerkommission

VORTRAGENDE:

Generalmajor Mag. Dr. Johann **Frank**, Kabinettsdirektor des EU-Militärausschusses

Dr. Eva **Högl**, Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages

Mariia **Ushchapivska**, Vertreterin des Kommissars für die Wahrung der
Menschenrechte im Bereich Sicherheit, Parlamentarische Kommissarin für
Menschenrechte, Ukraine

Atty. Beda Angeles **Epres**, Kommissar der Menschenrechtskommission, Philippinen

Zielsetzung:

Nach der ersten Session, in der das Gesamtbild des Klimawandels und seiner Auswirkungen auf die Sicherheit – insbesondere die Streitkräfte – skizziert wurde, zielt diese Session darauf ab, die Diskussion auf die Rolle der Ombudsinstitutionen bei der Überwachung und Unterstützung des Wandels innerhalb der Streitkräfte einzugrenzen. Es ist beabsichtigt, den Vertretern und Vertreterinnen von Ombudsinstitutionen einen Raum zum Austausch von Ideen und Ansätzen in Bezug auf ihre Institutionen und jeweiligen Rahmenbedingungen zu bieten.

Als Hüter der guten Führung innerhalb der Streitkräfte sind Ombudsinstitutionen von entscheidender Bedeutung bei der Kontrolle von Veränderungen in den Hauptbereichen *Ökologisierung der Verteidigung, Anpassung operativer Fähigkeiten sowie Erweiterung von Umfang und Struktur der Einsätze von Streitkräften*. Dies kann die Kontrolle und Bewertung der Bemühungen um eine umweltfreundliche Verteidigung und nachhaltige Strategien, die Prüfung angepasster Ausbildungssysteme und Ausrüstungen sowie die Prüfung des gesetzlichen Mandats für erweiterte



Einsätze umfassen, welche herkömmlicherweise nicht unter das Mandat der Streitkräfte fallen.

Es ist jedoch weiterhin erforderlich, dass die Ombudsinstitutionen ihre Expertise in Fragen des Klimawandels bündeln und vermehren, um sowohl ihre Glaubwürdigkeit zu stärken, wenn sie Regierungen und deren Bekenntnisse zur Nachhaltigkeit in die Pflicht nehmen, als auch – was noch wichtiger ist – um in der Lage zu sein, Beschwerden im Zusammenhang mit dem Klimawandel anzunehmen, zu bearbeiten und beizulegen oder Untersuchungen zu systemischen Fragen mit Bezug zum Klimawandel zu initiieren.

Leitfragen:

- **Ökologisierung der Verteidigung:** Ist die Ökologisierung des Verteidigungssektors Teil der öffentlichen und politischen Debatte in Ihrem Land? Wie ist der Stand beim Benchmarking und der Kontrolle von Treibhausgasemissionen der Streitkräfte in Ihrem Land?
- **Anpassungen des Militärs an den Klimawandel:** Haben die Streitkräfte Ihres Landes ihre Fähigkeit, unter härteren und widrigeren Klimabedingungen zu operieren, angepasst und gestärkt (z. B. Begrenzung der Treibstoffabhängigkeit, klimasensible Beschaffung und Ausbildung, engagierte Klimaberater während Einsätzen usw.)?
- **Prüfung von Militäreinsätzen im Kontext des Klimawandels:** Wie wurden Militäreinsätze zur Unterstützung ziviler Behörden im Kampf gegen klimabedingte Naturkatastrophen oder humanitäre Krisen geprüft? Welche Lehren lassen sich aus diesen Erfahrungen ziehen?
- **Klimaüberlegungen für Ombudsinstitutionen:** Spielen konkrete klimabezogene Sicherheitsüberlegungen in der strategischen Planung und/oder in der täglichen Arbeit Ihrer Ombudsinstitution eine Rolle? Wenn ja, auf welche Weise? Hat Ihre Institution Beschwerden erhalten, die sich auf den Klimawandel beziehen, z. B. in Bezug auf militärische Anpassungs- und Ökologierungsprozesse, Schulungsbedarf für Einsätze außerhalb des konventionellen Mandats, Umweltverschmutzung und -schäden durch die Streitkräfte usw.?

KAFFEPAUSE

14:45 – 15:15

SESSION 3: Ökologisierung der Ombudsinstitutionen

15:15 – 16:15

MODERATOR:

Daniel **Reimers**, Programmleiter, DCAF – Geneva Centre for Security Sector Governance

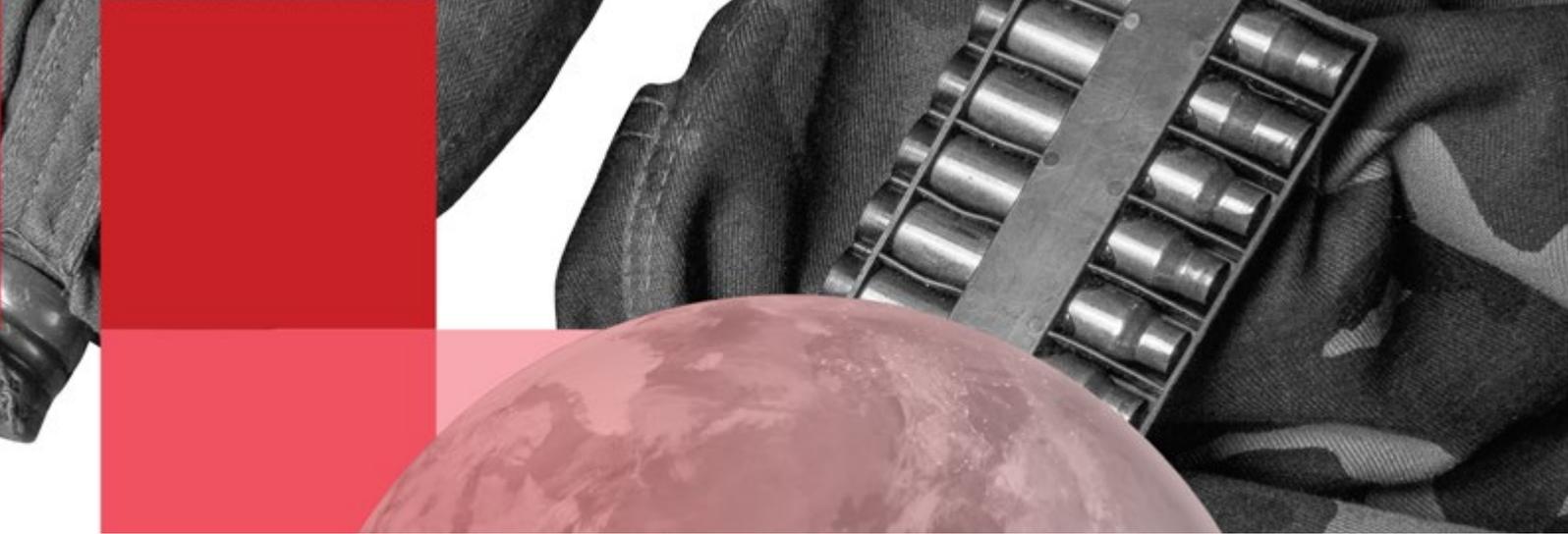
VORTRAGENDE:

Mag. Dietmar **Nestlang**, MBA, Leiter IKT & Innovation & Infrastruktur, Parlamentsdirektion, Österreich

Zielsetzung:

Session 3 soll den Teilnehmenden eine Diskussion darüber ermöglichen, wie sie selbst – stellvertretend für eine Ombudsinstitution – positive Veränderungen anstoßen und zum Kampf gegen den Klimawandel beitragen können.

So wichtig Ombudsinstitutionen sind, um auf Menschenrechtsverletzungen, das Wohlergehen der Soldaten und Soldatinnen oder Missstände in der Verwaltung im Zusammenhang mit dem Klimawandel und den Streitkräften zu reagieren, müssen sie selbst dazu beitragen, ihre eigene Umweltverträglichkeit und ihren CO₂-Fußabdruck zu minimieren. Dies spiegelt zum einen den zunehmenden politischen Imperativ und das Know-how bezüglich branchen- und länderübergreifend nachhaltigerer und umweltfreundlicherer Gestaltung von Arbeitsumgebungen und zum anderen wachsende wirtschaftliche Anreize und Möglichkeiten, Kapazitäten aufzubauen und dabei die Resilienz zu stärken. Der öffentliche Sektor muss im Einklang mit den Botschaften handeln, die er propagiert. Dazu gehören der Klimaschutz, ein Ziel, das nicht nur in nationale Politiken, Strategien und Planungen integriert ist, sondern auch in das Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen und die Ziele für nachhaltige Entwicklung, zu denen sich alle Staaten verpflichtet haben. Für Ombudsinstitutionen umfasst dies Klimaziele, -richtlinien und -strategien mit Blick auf konkrete Maßnahmen in den Bereichen Abfall- und Energiemanagement, Beschaffung, Reisen usw.



Leitfragen:

- **Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel und zur Eindämmung des Klimawandels:** Hat Ihre jeweilige Regierung Nachhaltigkeits- und klimawandelbezogene Verpflichtungen in Form konkreter Maßnahmen umgesetzt, die für die Ombudsinstitution gelten? Hat Ihre Ombudsinstitution Richtlinien und Reaktionsstrategien entwickelt, um die Umweltverträglichkeit Ihrer Institution zu reduzieren?
- **Umsetzung von Politik in Klimaschutzmaßnahmen:** Inwieweit werden bestehende Politiken erfolgreich umgesetzt und operationalisiert? Welche konkreten Maßnahmen oder Verhaltensweisen (der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter) werden gesetzt, um den Herausforderungen im Zusammenhang mit dem Klimawandel zu begegnen?
- **Kontrolle des Fortschritts:** Kontrolliert Ihre Institution klimawandelbezogene Indikatoren? Hat Ihre Institution den Fortschritt in irgendeiner Weise kontrolliert?

FREIZEIT

16:15 – 17:30

Kulturprogramm: Besuch des Heeresgeschichtlichen Museums

17:30 – Lobby Steigenberger Hotel Herrenhof

Die Delegierten treffen sich in der Lobby Steigenberger Hotel Herrenhof zur gemeinsamen Abfahrt mit dem Bus in das Heeresgeschichtliche Museum, Arsenal 1, 1030 Wien.

18:00 – 19:00, Heeresgeschichtliches Museum

Die Delegierten werden zu einem Sektempfang geladen und können optional an einer kurzen Führung durch einen Teil des Museums teilnehmen.

18:30 – Museumsführung (optional)

Die Führung dauert von 18:30 bis etwa 19:00.

19:00 – 22:00, Ruhmeshalle im Heeresgeschichtlichen Museum

Das Präsidium der Parlamentarischen Bundesheerkommission lädt die Delegierten zu einem Abendessen in der Ruhmeshalle ein:

- Abg.z.NR Robert **Laimer**, amtsführender Vorsitzender der Parlamentarischen Bundesheerkommission
- Abg.z.NR a.D. Dr. Reinhard **Bösch**, Vorsitzender der Parlamentarischen Bundesheerkommission
- Abg.z.NR Mag. Friedrich **Ofenauer**, Vorsitzender der Parlamentarischen Bundesheerkommission







Dienstag, 20. Juni 2023

Ankunft und Sicherheitskontrolle im Parlament

08:00 – 08:45

Um einen pünktlichen Beginn der Konferenz zu gewährleisten und unnötige Warteschlangen oder Unannehmlichkeiten zu vermeiden, bitten wir Sie, sich zeitgerecht am Konferenzort, dem Österreichischen Parlamentsgebäude (Dr. Karl Renner-Ring 3, 1017 Wien, Österreich), einzufinden und auch Zeit für Ankunft, Registrierung und Sicherheitskontrolle einzuplanen. Durch Ihr frühes Eintreffen haben Sie die Möglichkeit, Kontakte zu knüpfen, sich mit anderen Konferenzteilnehmern auszutauschen, sich mit dem Konferenzort vertraut zu machen und sich mental auf das bereichernde Programm vorzubereiten.

SESSION 4: Streitkräfte und psychische Gesundheit

09:00 – 11:00

MODERATOR:

Chrystal **Pillay**, Direktorin des Rechtsdienstes, South African Military Ombud, Südafrika

VORTRAGENDE:

Dr. Ramya Sundararaman, Stellvertretender Direktor, Büro für Suizidprävention des Verteidigungsministeriums, Vereinigte Staaten von Amerika

Emmanuel Jacob, Präsident der Europäischen Organisation der Militärverbände und -gewerkschaften (EUROMIL)

Yong Won Kim, Menschenrechtsbeauftragter für das Militär, Südkorea

Gregory Lick, Ombudsmann für die nationale Verteidigung und die kanadischen Streitkräfte, Kanada

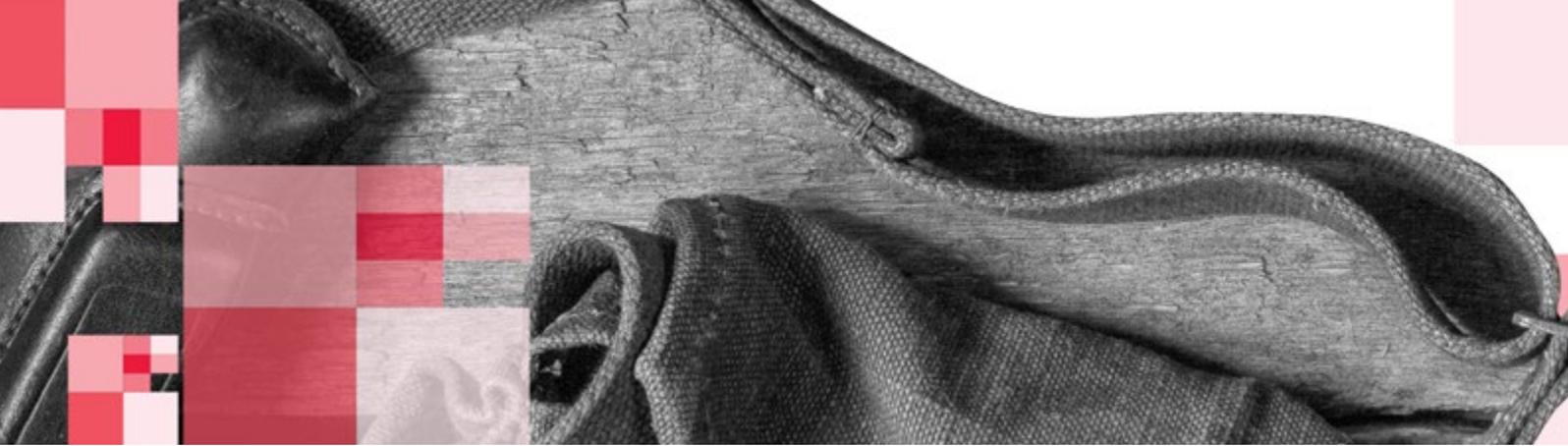


Zielsetzung:

Die vierte Session zielt darauf ab, die bei der 14. ICOAF geführte fruchtbare Diskussion über das Recht der Angehörigen der Streitkräfte auf Gesundheit während und nach dem Einsatz fortzuführen. Begrenzt auf das Thema psychische Gesundheit sind die Teilnehmerinnen und Teilnehmer eingeladen, gängige Sichtweisen auf psychische Gesundheit kritisch zu reflektieren, neue Ideen auszuloten und „alte“ Probleme neu zu betrachten.

Angehörige der Streitkräfte, insbesondere diejenigen, die sich im Rahmen aktueller Konflikte im Einsatz befinden, sind einem hohen Risiko psychischer Gesundheitsprobleme ausgesetzt. Ein hohes Maß an Belastung durch Stress, Traumata und das Verletzungs- oder Todesrisiko sind eng mit psychischen Gesundheitsproblemen wie Depressionen, Angstzuständen, posttraumatischen Belastungsstörungen (PTSD) und Drogenmissbrauch verbunden. Diese unsichtbaren Kriegswunden sind unglaublich weit verbreitet – laut einer der größten Studien der US-Streitkräfte traten Depressionen unter Soldatinnen und Soldaten fünfmal so häufig wie bei Zivilisten auf, und PTSD war fast 15-mal häufiger. Unbehandelt erhöhen diese unsichtbaren Wunden das Selbstmordrisiko und haben verheerende Auswirkungen auf Veteranen und ihre Familien. In einigen Fällen kann die Zahl der Selbstmordopfer die Zahl der im Kampf Getöteten um Einiges übersteigen.





Zu den größten Hindernissen für die Behandlung psychischer Erkrankungen gehören die damit verbundene Stigmatisierung und Kultur innerhalb der Streitkräfte, der Mangel an Ressourcen für psychische Gesundheitsprobleme und die unzureichende Aufmerksamkeit für Präventivmaßnahmen. Ombudsinstitutionen spielen eine Schlüsselrolle bei der Förderung und Kontrolle von Angelegenheiten der psychischen Gesundheit innerhalb der Streitkräfte, indem sie einen sicheren und vertraulichen Raum bieten, um Anliegen betreffend die psychische Gesundheit zu äußern – einschließlich Hindernissen beim Zugang zu Pflege oder Unterstützung. Sie setzen sich für die Bedürfnisse des Militärpersonals ein, sie sensibilisieren im Hinblick darauf, reduzieren das Stigma, welches psychischen Gesundheitsproblemen anhaftet und geben Anleitungen und Unterstützung für Militärkommandanten bei der Behandlung von psychischen Gesundheitsproblemen in ihren Einheiten.

Leitfragen:

- **Identifizierung psychischer Gesundheitsprobleme:** Inwieweit sind Aspekte psychischer Gesundheit in den von Ihnen bearbeiteten Beschwerden enthalten? Sind Sie in der Lage, aus diesen Beschwerden bestimmte Muster von Schlüsselerkenntnissen in Bezug auf den Zustand der psychischen Gesundheit innerhalb der Streitkräfte abzuleiten? Hat Ihre Institution Untersuchungen zu Fragen der psychischen Gesundheit durchgeführt? Was sind die wichtigsten strukturellen und systemischen Barrieren, die das psychische Wohlbefinden untergraben?
- **Wirksame Reaktionen auf psychische Gesundheit:** Welche Maßnahmen hat Ihre Institution ergriffen, um die psychische Gesundheit innerhalb der Streitkräfte anzusprechen? Waren diese reaktiv oder präventiv, und inwieweit waren Interventionen erfolgreich? Welche Themen haben sie angesprochen?
- **Beobachtung der psychischen Gesundheit in den Streitkräften:** Beobachtet Ihre Institution die psychische Gesundheit in den Streitkräften? Wenn ja, in welchem Umfang (z. B. sind die Daten aufgeschlüsselt, wie lange ist Ihr Überwachungszyklus usw.)?

KAFFEEPAUSE

11:00 – 11:30

Special Session: DCAFs Unterstützung für Ombudsinstitutionen über ICOAF hinaus

11:30 – 12:00

VORTRAGENDE:

Daniel **Reimers**, Programme Manager, DCAF – Geneva Centre for Security Sector Governance

MITTAGESSEN

12:00 – 13:15

SESSION 5: Veränderungen in der Verteidigungspolitik und Konsequenzen für Ombudsinstitutionen

13:15 – 14:45

MODERATOR:

Dr. Arnold **Kammel**, Generalsekretär im Bundesministerium für Landesverteidigung, Österreich

VORTRAGENDE:

Erika **Leonaitė**, Parlamentarische Ombudsfrau der Republik Litauen

James M. **Gaynor**, Generalinspekteur der Australian Defence Force, Australien

Halimatou **Dibba**, Kommissarin der nationalen Menschenrechtskommission, Gambia

Atty. Beda Angeles **Epres**, Kommissar der nationalen Menschenrechtskommission, Die Philippinen

Ziele:

In Session 5 soll untersucht werden, wie sich die aktuellen geopolitischen Veränderungen nach dem Krieg in der Ukraine auf die Streitkräfte auf der ganzen Welt und damit auch auf die Ombudsinstitutionen ausgewirkt haben. Insbesondere wird sich diese Session auf drei für Ombudsleute relevante Folgen dieser geopolitischen Veränderungen konzentrieren – erhöhte Militärausgaben, stärkere Betonung der territorialen Verteidigung und ein verstärkter Fokus auf hybride Kriegsführung – um zu betrachten, wie Ombudsinstitutionen sich ändernde Bedürfnisse der Streitkräfte und Ziele besser antizipieren und darauf reagieren können.



Die geopolitische Landschaft der vergangenen Jahre war geprägt von Unsicherheit, Komplexität und starkem Wandel. Vor dem Hintergrund einer Welt, die von den Nachwirkungen der COVID-19-Pandemie und der damit einhergehenden Fragilität globaler und voneinander abhängiger Lieferketten erschüttert wird, werden die Vorteile der Globalisierung zunehmend kritisch betrachtet. Dies hat zur Bildung neuer geopolitischer Blöcke geführt – sowohl formell in Form von Allianzen als auch informell durch Handelskorridore und -schränken. Darüber hinaus ändern sich etablierte und stabilisierende Muster der Machtdynamik und damit auch die Begründungen und Berechnungen, die dem Einsatz von Gewalt zugrunde liegen. Nirgendwo wird dies deutlicher als in der dramatischen Eskalation des Russland-Ukraine-Konflikts nach dem Einmarsch Russlands in die Ukraine im Februar 2022. Während sich der wirtschaftliche Tribut des Krieges in allen Volkswirtschaften überall niederschlägt und das Gespenst eines wiederauflebenden Kalten Krieges eine große Rolle spielt, überdenken die Länder ihre Sicherheits- und Verteidigungspolitik und passen sie an die neue multipolare Weltordnung an. Schließlich werden Umweltherausforderungen und gleichzeitige Sorgen über Ressourcenknappheit, Migrationsströme und extreme Wetterereignisse neue geopolitische Bruchlinien erzeugen und das Konfliktpotenzial erhöhen.

Wenn sich Kräfteverhältnisse verschieben, wirtschaftliche Spannungen und ökologische Herausforderungen zunehmen, müssen sich die Nationen an eine sich schnell verändernde Welt anpassen und neue Wege finden, um globale Probleme anzugehen. Signifikante Auswirkungen dieser Entwicklungen zeigen sich weltweit in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Die relevantesten Änderungen betreffen:

- **Erhöhte Militärausgaben:** Der sich ändernde geopolitische Kontext zeigt sich am deutlichsten in der Entwicklung der weltweiten Militärausgaben, die 2021 erstmals die Zwei-Billionen-US-Dollar-Marke überschritten haben. Nach der russischen Invasion in der Ukraine dürfte sich dieser Trend drastisch beschleunigen.
- **Stärkere Betonung der territorialen Verteidigung:** Russlands Invasion in die Ukraine hat zu einer stärkeren Betonung der territorialen und kollektiven Verteidigung geführt, was zu höheren Investitionen in die Grenzsicherheit, der Entwicklung neuer militärischer Fähigkeiten zur Abwehr hybrider Bedrohungen und der Stärkung der Widerstandsfähigkeit kritischer Infrastrukturen geführt hat.



- **Verstärkter Fokus auf hybride Kriegsführung:** Die Kriegsführung zeichnet sich heute zunehmend durch den Einsatz hybrider Kriegsführungstaktiken aus, die eine Kombination aus konventioneller militärischer Gewalt, irregulären Streitkräften, Propaganda und Cyberangriffen beinhalten. Dies hat zu einer stärkeren Konzentration auf die Entwicklung von Strategien geführt, um solchen Taktiken entgegenzuwirken.

Diese Veränderungen werden von den Angehörigen der Streitkräfte unmittelbar wahrgenommen und haben damit Relevanz für die Arbeit der Ombudseinrichtungen. Die Antizipation dieser Veränderungen und das Verständnis der zugrundeliegenden Trends, die sie antreiben, werden für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Ombudsinstitutionen von entscheidender Bedeutung sein, um ihr Mandat effektiv zu erfüllen.

Leitfragen:

- **Abbildung der Auswirkungen geopolitischer Veränderungen:** Welche Auswirkungen hatten der Krieg in der Ukraine oder damit verbundene geopolitische Veränderungen auf die Streitkräfte in Ihrem nationalen Kontext (z. B. erhöhte Militärbudgets, Verschiebungen in der internationalen Zusammenarbeit, geänderte operative Prioritäten usw.)? Wie hat sich diese Wirkung innerhalb der Grenzen Ihrer Arbeit niedergeschlagen?
- **Verteidigungsreform und Ombudsinstitutionen:** Wird die Ombudsinstitution in die Beratungen zur Verteidigungsreform, z. B. zu Änderungen der Verteidigungshaushalte und damit einhergehenden Folgen für die Streitkräfte, konsultiert oder einbezogen?
- **Veränderungswahrnehmungen bei Angehörigen der Streitkräfte:** Konnten Sie Veränderungen bei den Anforderungen und Bedürfnissen der Angehörigen der Streitkräfte beobachten? Können Sie diese Verschiebungen mit aktuellen geopolitischen Veränderungen in Verbindung bringen?

KAFFEPAUSE

14:45 – 15:15



Annahme der Konferenzklärung

15:15 – 16:00

VORTRAGENDE:

Daniel **Reimers**, Programmleiter, DCAF – Geneva Centre for Security Sector Governance

Ankündigung der 16. ICOAF in Berlin 2024

16:00 – 16:15

VORTRAGENDE:

Dr. Eva **Högl**, Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages

Schlussbemerkungen

16:15 – 16:30

VORTRAGENDE:

Abg.z.NR Robert **Laimer**, Amtsführender Vorsitzender der Parlamentarischen Bundesheerkommission

Abg.z.NR Mag. Friedrich **Ofenauer**, Vorsitzender der Parlamentarischen Bundesheerkommission

Abg.z.NR a.D. Dr. Reinhard E. **Bösch**, Vorsitzender der Parlamentarischen Bundesheerkommission

Dr. Hans **Born**, Stellvertretender Direktor, Leiter der Abteilung Politik und Forschung, DCAF – Geneva Centre for Security Sector Governance





**International Conference
of Ombuds Institutions
For the Armed Forces**

15ICCAF



**Parlament
Österreich**

**Parlamentarische
Bundeswehrkommission**

DCAF Geneva Centre
for Security Sector
Governance



**german
cooperation**
DEUTSCHE ZUSAMMENARBEIT

Supported by the German Foreign Office